

| | |
|--|-----|
| Die Einkommensverteilung nach Haushaltsgruppen in der ehemaligen DDR | 655 |
| Determinanten des Produktionspotentials der deutschen Wirtschaft | 661 |

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 47/90

Berlin

22. November 1990

57. Jahrgang

2. Ex.

Die Einkommensverteilung nach Haushaltsgruppen in der ehemaligen DDR

Für die Bundesrepublik Deutschland hat das DIW im Laufe der Zeit ein detailliertes, mit gesamtwirtschaftlichen Bevölkerungs- und Einkommensaggregaten abgestimmtes Modell der Einkommensverteilung entwickelt. Regelmäßig wird über die Ergebnisse der Rechnungen berichtet¹. Auch für die DDR ist im DIW vor einigen Jahren ein Einkommensmodell mit ähnlichem Ansatz entstanden; seine empirische Umsetzung mußte sich indes — mangels verlässlicher Daten — auf den demographischen Bezugsrahmen und die funktionale Einkommensverteilung beschränken². Nunmehr liegen bisher nicht zugängliche Statistiken vor, die es erlauben, eine Verteilungsrechnung für die Bevölkerung der früheren DDR bis zur Ebene der Haushaltseinkommen vorzunehmen. Eine Bestandsaufnahme der materiellen Lebenslage in der ehemaligen DDR vor der Wende ist als Gradmesser für die Entwicklung nach der Vereinigung unverzichtbar. Künftig wird das DIW die Einkommensverteilung im gesamten Gebiet der Bundesrepublik Deutschland analysieren, zunächst aber noch getrennt für West- und Ostdeutschland.

Der vorliegende Bericht ist im Rahmen der Vorarbeiten einer umfassenden Verteilungsrechnung für die ehemalige DDR entstanden. Ausgangsdaten der Berechnungen sind die Einkommens- und Transferaggregate der vom Statistischen Amt der DDR erstellten Bilanz der Geldeinnahmen und -ausgaben der Bevölkerung, die mit Daten der Bevölkerungsstatistik zusammengeführt wurden. Hilfreich waren auch die Ergebnisse der DDR-Einkommensstichprobe in Arbeiter- und Angestelltenhaushalten vom August 1988. Für die übrigen Haushaltsgruppen gibt es erheblich weniger Informationen, so daß an mancher Stelle Schätzungen notwendig waren. Insoweit sind die hier veröffentlichten Daten Ergebnisse einer empirischen Modellrechnung, die überprüft werden müssen, sobald neue Erkenntnisse vorliegen. Einige Einkommensströme (z.B. Zinsen auf Konsumentenschulden sowie interfamiliale Transfers) blieben wegen fehlender Informationen unberücksichtigt. Einnahmenströme, die in der westlichen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nicht als Einkommen gelten (z.B. Einnahmen aus Kreditaufnahme), blieben außer Betracht.

Bevölkerung und Privathaushalte

Eine makroökonomisch orientierte Verteilungsrechnung erlaubt nur dann differenzierte Aussagen, wenn es zwischen Einkommens- und Transferaggregaten einerseits sowie Einwohnerzahl und Haushaltsgruppen andererseits einen Bezug gibt.

In der DDR lebten 1988 knapp 17 Mill. Menschen. Von Anfang der sechziger bis Ende der achtziger Jahre hat sich die Einwohnerzahl nur wenig verändert. Außenwanderungen hatten bei weitgehend geschlossenen Grenzen geringe Bedeutung. Der rückläufigen Geburtenentwicklung wurde mit geburtenfördernden sozialpolitischen Maßnahmen entgegengewirkt.

¹ Vgl. z.B. Das Einkommen sozialer Haushaltsgruppen in der Bundesrepublik Deutschland 1988. Bearb.: Klaus-Dietrich Bedau. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 22/1990, S. 304 ff.

² Vgl.: Heinz Vortmann: Geldeinkommen in der DDR von 1955 bis zu Beginn der achtziger Jahre. Beiträge zur Strukturfor-schung, Heft 85, Berlin 1985.

Weit über die Hälfte der DDR-Bevölkerung war 1988 erwerbstätig; bei hoher Erwerbsbeteiligung der Frauen gab es — abgesehen von Oberschülern und Studenten — kaum Nichterwerbstätige im arbeitsfähigen Alter. Von den Personen im Rentenalter übte ein Zehntel eine Erwerbstätigkeit aus. 90 vH aller Erwerbstätigen waren Arbeiter und Angestellte (einschließlich Lehrlinge), knapp 9 vH Mitglieder von Produktionsgenossenschaften. Selbständige spielten kaum eine Rolle, auch wenn seit Mitte der siebziger Jahre privatwirtschaftliche Formen in Handwerk und Handel gefördert wurden.

Mehr als ein Viertel der Erwerbstätigen arbeitete 1988 im „nichtproduzierenden“ Bereich. Hierzu zählten Einrichtungen des Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwe-

sens, der Kultur und des Sports, der dienstleistenden Wirtschaft sowie der „Staatsapparat“ im weitesten Sinne.

Die Zahl der Privathaushalte belief sich 1988 auf knapp 7 Mill. Vier Fünftel davon waren Haushalte von Erwerbstätigen (einschließlich derjenigen Rentner-Haushalte, deren Haushaltsvorstand eine Erwerbstätigkeit ausübte), ein Fünftel Haushalte von Rentnern (ohne berufstätige Rentner). In 100 Arbeitnehmer-Haushalten lebten durchschnittlich 262 Personen, in 100 Haushalten von Genossenschaftsmitgliedern und Selbständigen 314 Personen, in 100 Rentner-Haushalten 137 Personen. Alleinlebende (häufig im Rentenalter) machten fast 30 vH aller Haushalte aus. Von den Mehrpersonenhaushalten hatten rund 97 vH neben dem Haushaltsvorstand mindestens einen weiteren Einkommensbezieher.

Tabelle 1

**Zahl der Privathaushalte
nach Haushaltsgruppen¹⁾ in der DDR 1988
in 1000**

| Haushaltsgröße in Personen | Haushalte von | | | | | | Privat- haushalte insgesamt |
|--|---------------|--------------|-----------------------------|---------------------|---------------|------------------------|-----------------------------------|
| | Arbeitern | Angestellten | Mitgliedern | | Selbständigen | Rentnern ²⁾ | |
| | | | landwirt- schaftlicher | handwerk- licher | | | |
| | | | Produktionsgenossenschaften | | | | |
| Haushalte mit einem Einkommensbezieher | | | | | | | |
| 1 | 635 | 410 | 30 | 12 | 13 | 900 | 2 000 |
| 2 | 21 | 34 | 6 | 3 | 10 | 15 | 89 |
| 3 | 9 | 11 | 3 | 2 | 7 | 1 | 33 |
| 4 | 3 | 3 | 1 | 1 | 6 | 0 | 14 |
| 5 oder mehr | 0 | 0 | 0 | 0 | 2 | 0 | 2 |
| Zusammen | 668 | 458 | 40 | 18 | 38 | 916 | 2 138 |
| Haushalte mit mehreren Einkommensbeziehern | | | | | | | |
| 1 | X | X | X | X | X | X | X |
| 2 | 726 | 479 | 84 | 21 | 16 | 463 | 1 789 |
| 3 | 809 | 484 | 97 | 20 | 18 | 14 | 1 442 |
| 4 | 601 | 395 | 89 | 16 | 15 | 1 | 1 117 |
| 5 oder mehr | 156 | 74 | 70 | 5 | 3 | 0 | 308 |
| Zusammen | 2 292 | 1 432 | 340 | 62 | 52 | 478 | 4 656 |
| Privathaushalte insgesamt | | | | | | | |
| 1 | 635 | 410 | 30 | 12 | 13 | 900 | 2 000 |
| 2 | 747 | 513 | 90 | 24 | 26 | 478 | 1 878 |
| 3 | 818 | 495 | 100 | 22 | 25 | 15 | 1 475 |
| 4 | 604 | 398 | 90 | 17 | 21 | 1 | 1 131 |
| 5 oder mehr | 156 | 74 | 70 | 5 | 5 | 0 | 310 |
| Zusammen | 2 960 | 1 890 | 380 | 80 | 90 | 1 394 | 6 794 |

¹⁾ Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen. — ²⁾ Ohne erwerbstätige Rentner.

Quellen: Statistisches Amt der DDR. Berechnungen und Schätzungen des DIW.

Geldeinnahmen der Bevölkerung und Einkommensabzüge

Der weitaus größte Teil aller Einkommen der Bevölkerung waren 1988 mit reichlich 107 Mrd. Mark (ohne Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung) Löhne und Gehälter. Hinzu kamen Prämien und sonstige Vergütungen (z.B. für Material- und Energieeinsparungen, Neuererschläge) in Höhe von 10 Mrd. Mark sowie Lohnnebenkosten (z.B. Reisekosten, Tage- und Übernachtungsgeld) von 3 Mrd. Mark.

Die Arbeitseinkommen der Mitglieder landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften (LPG) summierten sich im Berichtsjahr auf knapp 8 Mrd. Mark; darüber hinaus sind den LPG-Mitgliedern aus ihrer persönlichen Haus- und Viehwirtschaft Einnahmen von 1 Mrd. Mark zugeflossen. Die Mitglieder von Produktionsgenossenschaften des Handwerks (PGH) erzielten 1988 Gesamteinkommen in Höhe von reichlich 2 Mrd. Mark. Aus selbständiger (haupt- oder nebenberuflicher) Tätigkeit stammten Einnahmen von knapp 9 Mrd. Mark. Darin sind allerdings auch Verkäufe landwirtschaftlicher Erzeugnisse von Kleingärtnern u.ä. in Höhe von reichlich 2,5 Mrd. Mark und Einkommen aus Vermietung und Verpachtung von knapp 1 Mrd. Mark enthalten. Nicht ganz 5 Mrd. Mark erhielten die privaten Haushalte als Zinsen auf Sparguthaben. Im Jahresdurchschnitt 1988 beliefen sich die Sparguthaben auf 147 Mrd. Mark, sie wurden mit

3,25% verzinst. Insgesamt summierten sich die Bruttoerwerbs- und -vermögenseinkommen der privaten Haushalte in der DDR 1988 auf 146 Mrd. Mark.

Soziale Geldleistungen flossen den Haushalten 1988 in Höhe von 31 Mrd. Mark zu, 18 Mrd. Mark davon waren Renten. Das Krankengeld schlug mit 5 Mrd. Mark zu Buche. Als Kindergeld und Geburtenbeihilfen bekamen die Haushalte in der DDR 1988 reichlich 3 Mrd. Mark, weitere 2 Mrd. Mark entfielen auf Leistungen während des Schwangerschafts- und Wochenurlaubs, der bezahlten Freistellung im Anschluß an den Wochenurlaub („Babyjahr“) und auf Ausgleichszahlungen an Berufstätige bei Erkrankung von Kindern. Stipendien und andere Ausbildungsbeihilfen machten 1 Mrd. Mark aus.

An direkten Steuern haben die DDR-Haushalte 1988 12 Mrd. Mark entrichtet. Die Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung (ohne Arbeitgeberanteil) beliefen sich auf 6 Mrd. Mark; hinzu kamen Beiträge zur Freiwilligen Zusatzrentenversicherung in Höhe von reichlich 2 Mrd. Mark. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte in der DDR betrug 1988 rund 158 Mrd. Mark.

Einkommensverteilung und -umverteilung nach Haushaltstypen

Im Haushaltseinkommen fließen die Einkünfte aller Mitglieder einer gemeinsam wirtschaftenden Personengruppe zusammen. Dabei handelt es sich um das Schwerpunkteinkommen des Haushaltsvorstandes (z.B. Löhne bei Arbeitern) und ggf. das Einkommen anderer Haushaltsmitglieder, wobei deren soziale Stellung häufig nicht identisch ist mit der des Haushaltsvorstandes. Ferner zählen zu den Haushaltseinkommen unspezifische Einkommen, wie Sozialtransfers bei Erwerbstätigen oder Zinseinkünfte bei allen Gruppen.

Das Kriterium für die Zuordnung der Haushalte nach sozialen Gruppen ist das Schwerpunkteinkommen des Haushaltsvorstandes. Die Summe aller Bruttoerwerbs- und -vermögenseinkommen (ohne das Einkommen der in Gemeinschaftsunterkünften lebenden Personen) verteilte sich 1988 wie folgt auf die verschiedenen Haushaltstypen:

| | |
|--------------------------|-------|
| Arbeiter und Angestellte | 86 vH |
| LPG-Mitglieder | 7 vH |
| PGH-Mitglieder | 2 vH |
| Selbständige | 4 vH |
| Rentner | 1 vH |

Erwerbseinkommen — ausgenommen die der LPG-Mitglieder — unterlagen in der früheren DDR der Besteuerung. Die Steuertarife für Arbeiter und Angestellte sowie für PGH-Mitglieder waren weitgehend identisch, allerdings galten unterschiedliche Bemessungsgrundlagen. Generell sehr hoch waren die Abgabesätze für Selbstän-

Tabelle 2

Einkommensverteilung und -umverteilung in der DDR 1988 in Mrd. Mark

| | |
|--|--------------|
| Bruttolöhne und -gehälter | 107,4 |
| Prämien, Auslösungen u.ä. | 12,8 |
| Arbeitseinkommen der LPG-Mitglieder | 7,6 |
| Einnahmen der LPG-Mitglieder aus der persönlichen Haus- und Viehwirtschaft | 1,2 |
| Einkommen der PGH-Mitglieder | 2,3 |
| Einkommen aus selbständiger Tätigkeit | 9,1 |
| Einnahmen aus dem Verkauf von Gebrauchsgütern und Altstoffen | 0,5 |
| Empfangene Zinsen | 4,8 |
| Bruttoerwerbs- und -vermögenseinkommen | 145,7 |
| Renten | 18,5 |
| Krankengeld | 4,7 |
| Kindergeld und Zuwendungen bei Geburten | 3,4 |
| Stipendien und Ausbildungsbeihilfen | 1,1 |
| Betriebsrenten u.ä. | 0,4 |
| Sonstige soziale Leistungen | 3,2 |
| Sonstige empfangene laufende Übertragungen | 1,4 |
| Direkte Steuern | 12,3 |
| Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung | 5,9 |
| Beiträge zur Freiwilligen Zusatzrentenversicherung | 2,5 |
| Verfügbares Einkommen | 157,7 |
| <i>Quelle: Statistisches Amt der DDR.</i> | |

Tabelle 3

Einkommensverteilung und -umverteilung nach Haushaltsgruppen¹⁾ in der DDR 1988
in Mrd. Mark

| | Bruttoerwerbs- ²⁾ und -vermögens- einkommen | Empfangene laufende Übertragungen | Geleistete ²⁾ | Verfügbares Einkommen |
|---|---|---|--------------------------|--------------------------|
| Haushalte von | | | | |
| Arbeitern | 74,1 | 10,4 | 8,9 | 75,6 |
| Angestellten | 50,7 | 7,0 | 8,3 | 49,4 |
| Mitgliedern landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften | 10,2 | 1,9 | 0,8 | 11,4 |
| Mitgliedern handwerklicher Produktionsgenossenschaften | 2,3 | 0,3 | 0,4 | 2,2 |
| Selbständigen | 5,2 | 0,3 | 2,1 | 3,4 |
| Rentnern ³⁾ | 2,0 | 11,8 | 0,1 | 13,7 |
| Privathaushalte insgesamt | 144,6 | 31,6 | 20,5 | 155,7 |

1) Ohne Einkommen der Personen in Gemeinschaftseinrichtungen. Abweichungen in den Summen und Differenzen durch Rundung der Zahlen. — 2) Ohne Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung. — 3) Ohne erwerbstätige Rentner.
Quellen: Statistisches Amt der DDR. Berechnungen des DIW.

dige. Zinseinkünfte blieben steuerfrei. Die Beiträge zur Sozialversicherung waren nicht nach sozio-ökonomischen Gruppen differenziert. Selbständige hatten indes die Sozialabgaben in voller Höhe abzuführen (also einschließlich Arbeitgeberanteil).

Den Abgaben (reichlich 20 Mrd. Mark) standen empfangene Transfers (über 30 Mrd. Mark) gegenüber. Die Zuwendungen konzentrierten sich bei Arbeiter- und Angestelltenhaushalten auf Krankengeld, Mutterschafts- und Familienleistungen sowie Ausbildungsförderung und gliederten sich per Saldo etwa aus. Bei den LPG-Mitgliedern überwogen wegen der Steuerbefreiung die sozialen Zuwendungen. Selbständige wurden vergleichsweise stark mit Abgaben belastet, deshalb waren bei ihnen die geleisteten Übertragungen sehr viel höher als die empfangenen. Rentnerhaushalte lebten überwiegend von Sozialtransfers. Gemessen an den verfügbaren Einkommen bestanden die Einkünfte der Rentner zu 86 vH aus Sozialeinkommen; bei den Arbeiter und Angestellten sowie den Genossenschaftsmitgliedern belief sich der Anteil auf etwa 14 vH und bei den Selbständigen lediglich auf 8 vH.

Durch Zusammenführen der makroökonomischen Einkommensaggregate mit den demographischen Bezugsgrößen lassen sich durchschnittliche Haushaltseinkommen und Einkommen je Haushaltsmitglied errechnen. Beide Einkommenskategorien sind für die Einschätzung und den Vergleich der materiellen Lebensbedingungen von sozialen Gruppen wichtig. Bei einem Teil der Ausgaben für die Wirtschaftsführung besteht ein enger Zusammenhang zur Haushaltsgröße (z.B. Aufwendungen für Bekleidung), bei anderen ist er kaum vorhanden (z.B. Anschaffung eines Fernsehgerätes). Der tatsächliche Ab-

stand im Lebenshaltungsniveau liegt zwischen den jeweiligen Relationen der Einkommen je Haushalt und je Haushaltsmitglied, ist aber kaum genau zu beziffern.

Das verfügbare Einkommen aller privaten Haushalte betrug in der ehemaligen DDR 1988 im Mittel etwa 1 900 Mark im Monat. Ein Vergleich der durchschnittlichen Haushaltseinkommen nach sozialen Gruppen ergibt folgendes Bild (Arbeiterhaushalte = 100):

| | |
|-----------------|-----|
| Haushalte von | |
| Angestellten | 102 |
| LPG-Mitgliedern | 117 |
| PGH-Mitgliedern | 105 |
| Selbständigen | 148 |
| Rentnern | 39 |

An der Spitze der Einkommensskala standen die Selbständigen mit Monatseinkommen von 3 200 Mark. Mit großem Abstand folgten Genossenschaftsmitglieder und Arbeitnehmer mit Einkommen von 2 100 bis 2 500 Mark. Die Differenzierung zwischen diesen Gruppen war, zumindest bezogen auf die Durchschnittswerte, gering. Das Schlußlicht bildeten mit deutlichem Rückstand (820 Mark) die Rentner.

Aufgrund der unterschiedlichen Haushaltsgrößen waren die Abweichungen zwischen den Einkommen je Haushaltsmitglied zumeist kleiner (Arbeiterhaushalte = 100):

| | |
|-----------------|-----|
| Haushalte von | |
| Angestellten | 104 |
| LPG-Mitgliedern | 94 |
| PGH-Mitgliedern | 101 |
| Selbständigen | 141 |
| Rentnern | 75 |

Tabelle 4

**Verfügbares Einkommen je Haushalt
und je Haushaltsmitglied in der DDR 1988
in Mark je Monat**

| | Durchschnittseinkommen je | |
|---|---------------------------|-------------------|
| | Haushalt | Haushaltsmitglied |
| Haushalte von Arbeitern | 2 129 | 805 |
| Angestellten | 2 177 | 840 |
| Mitgliedern landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften | 2 494 | 755 |
| Mitgliedern handwerklicher Produktionsgenossenschaften | 2 240 | 814 |
| Selbständigen | 3 158 | 1 137 |
| Rentnern ¹⁾ | 820 | 600 |
| Privathaushalte insgesamt | 1 909 | 793 |
| 1) Ohne erwerbstätige Rentner. Quellen: Statistisches Amt der DDR. Berechnungen des DIW. | | |

Das Pro-Kopf-Einkommen betrug im Durchschnitt knapp 800 Mark monatlich. In dieser Größenordnung bewegten sich die Einkünfte der Arbeiter, Angestellten und PGH-Mitglieder, das der LPG-Mitglieder lag um 5 vH darunter. Die Spitzenposition hielten mit weitem Abstand die Selbständigen mit Pro-Kopf-Einkommen von gut 1 100 Mark. Rentner standen mit 600 Mark am Ende der Skala.

Vergleich mit Westdeutschland

Mit Inkrafttreten der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion am 1. Juli 1990 sind die Erwerbs- und Sozialeinkommen sowie die Mieten und Pachten in Ostdeutschland im Verhältnis 1:1 auf D-Mark umgestellt worden. Diese Relation entsprach etwa der durchschnittlichen Verbrauchergeldparität beider Währungen (Mittelwert der Paritäten nach östlicher und westlicher Verbrauchsstruktur)³. Insofern erscheint es als zulässig, auch Einkommen vom Jahre 1988 in West- und Ostdeutschland auf der Basis 1:1 zu vergleichen.

Für beide Gebiete wurden die Haushaltseinkommen nach der gleichen Methode (disaggregierte makroökonomische Größen) ermittelt⁴. Gleichwohl waren für einen Vergleich Umgruppierungen erforderlich; denn bei einigen sozialen Gruppen findet sich kein entsprechendes Gegenstück im jeweils anderen Teil Deutschlands. In der DDR gab es keinen Beamtenstatus, öffentlich Bedienstete zählten zu den Angestellten. Deshalb ist die Gruppe der Angestellten und der Beamten in der Bundesrepublik hier zusammengefaßt worden. Analog wurde bei Rentnern und Pensionären verfahren. Landwirte sind im Westen selbständig, im Osten Genossenschaftsmitglied mit z.T.

Tabelle 5

**Verfügbares Einkommen je Haushalt
und je Haushaltsmitglied
in der Bundesrepublik Deutschland 1988
in DM je Monat**

| | Durchschnittseinkommen je | |
|--|---------------------------|-------------------|
| | Haushalt | Haushaltsmitglied |
| Haushalte von Arbeitern | 3 474 | 1 258 |
| Angestellten und Beamten | 4 457 | 1 777 |
| Landwirten | 4 665 | 1 160 |
| Selbständigen ¹⁾ | 13 618 | 4 793 |
| Rentnern und Pensionären | 2 743 | 1 614 |
| Privathaushalte insgesamt²⁾ | 4 024 | 1 775 |
| 1) Ohne Landwirte. — 2) Einschließlich Haushalte von Arbeitslosen. Quelle: Berechnungen des DIW unter Verwendung amtlicher Statistiken. | | |

arbeitnehmerähnlichem Status. Beide Gruppen lassen sich nur unter Vorbehalten vergleichen. PGH-Mitglieder wurden gänzlich ausgeklammert.

Das verfügbare Einkommen jeder sozialen Gruppe war in der Bundesrepublik erheblich höher als in der DDR.

³ Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Extra 9/90-2. In: Zahlen, Fakten, Trends. Wiesbaden 1990.

⁴ Bei Stichproben ergibt sich regelmäßig das Problem der Untererfassung. Darauf basierende Vergleiche führen zu Verzerrungen, wenn die jeweiligen Grade der Untererfassung voneinander abweichen.

Tabelle 6

**Verfügbares Einkommen je Haushalt
und je Haushaltsmitglied in der DDR
im Vergleich zur Bundesrepublik Deutschland 1988**

| | Jeweiliges Durchschnittseinkommen in der Bundesrepublik = 100 | |
|--|---|---------------------|
| | Haushalte | Haushaltsmitglieder |
| Haushalte von Arbeitern | 61 | 64 |
| Angestellten ¹⁾ | 49 | 47 |
| Landwirten ²⁾ | 53 | 65 |
| Selbständigen ³⁾ | 23 | 24 |
| Rentnern ⁴⁾ | 30 | 37 |
| Privathaushalte insgesamt⁵⁾ | 47 | 45 |
| 1) Bundesrepublik einschließlich Beamte. — 2) DDR: LPG-Mitglieder, Bundesrepublik: selbständige Landwirte. — 3) Bundesrepublik ohne Landwirte. — 4) Bundesrepublik einschließlich Pensionäre. — 5) Bundesrepublik einschließlich Arbeitslose. Quelle: Berechnungen des DIW. | | |

Gemessen an allen privaten Haushalten belief sich das Einkommen in Ostdeutschland im Jahre 1988 auf 47 vH des entsprechenden Wertes im Westen. Ähnliche Relationen galten für Angestellte und Landwirte⁵. Bei Arbeitern war das Verhältnis mit 61 vH noch am günstigsten. Die größten Unterschiede bestanden bei Rentnern und Selbständigen. Rentnerhaushalte in der DDR bezogen nur 30 vH (pro Kopf: 37 vH) der Einkommen von westdeutschen Rentnerhaushalten. Im Einkommensgefüge der Bundesrepublik ist seit längerem die finanzielle Gleichstellung von Arbeitnehmern und Rentnern erreicht — anders in der DDR vor der Wende⁶. Die Selbständigen in Ostdeutschland erzielten — obwohl sie in ihrem Wirtschaftsgebiet auf der Einkommensskala an vorderster Stelle standen — nur ein Viertel der entsprechenden

westdeutschen Einkommen. Zu berücksichtigen ist dabei allerdings, daß Selbständige in der Bundesrepublik — im Unterschied zu denen in der früheren DDR — einen beträchtlichen Teil ihres verfügbaren Einkommens aufwenden, um ihre Alters- und Hinterbliebenenversorgung zu finanzieren. Zudem zählen zu den Selbständigen in der Bundesrepublik Gruppen mit überdurchschnittlichen Einkommen (z.B. niedergelassene Ärzte, Rechtsanwälte, Steuerberater), die in der DDR generell keine ähnlich herausgehobenen Einkommenspositionen hatten.

⁵ Pro Kopf war der Abstand bei Landwirten wegen der im Durchschnitt kleineren Haushalte in der DDR aber deutlich geringer.

⁶ Zum 1. Juli 1990 hat es aber inzwischen eine Rentenstrukturanpassung gegeben.

Determinanten des Produktionspotentials der deutschen Wirtschaft

Die Wirtschaft in Westdeutschland befindet sich seit 1983 in einer Expansionsphase. Für 1990 kann ein Rekordzuwachs der Produktion im Unternehmensbereich* von 5,5 vH erwartet werden, das ist mehr als in allen anderen Jahren dieser Wachstumsperiode. Auch im nächsten Jahr ist noch einmal mit einer Ausweitung der Produktion um 3 vH zu rechnen¹.

Stärker noch als die Produktion erhöhten sich die Investitionen. Die Investitionsquote, die bis 1982 auf 15,5 vH gefallen war, wird in diesem Jahr mit 18,8 vH so hoch sein wie nie zuvor in den letzten dreißig Jahren. Für 1991 wird abermals mit einem über dem Produktionswachstum liegenden Anstieg der Investitionen im Unternehmensbereich von 5 vH gerechnet. Diese Entwicklung hatte ein kontinuierliches Wachstum des Anlagevermögens und damit auch des Produktionspotentials auf hohem Niveau zur Folge. Im Unternehmensbereich ohne Wohnungsvermietung wird das Produktionspotential in diesem Jahr um 3,5 vH zunehmen, ein Anstieg, der letztmals 1980 erreicht wurde.

Da die Produktion auch in diesem Jahr stärker zunehmen wird als das Produktionspotential, erreicht die Kapazitätsauslastung mit 87 vH den höchsten Wert in den letzten zwanzig Jahren. Ursache für diese hohe Auslastung sind die im Zuge des Vereinigungsprozesses ausgelösten Nachfragesteigerungen. Sie führten in einigen Branchen, insbesondere im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe, zu Produktionssteigerungen, wie sie zuvor in diesem Umfang nicht beobachtet worden sind. Diese Entwicklung macht deutlich, daß die Produktionsbedingungen in diesen Branchen eine flexible Anpassung des Produktionspotentials, insbesondere durch Erhöhung der Nutzungszeiten der Anlagen, erlauben, so daß die höhere Produktion vergleichsweise problemlos bewältigt wurde. Trotz des Auslastungsanstiegs ist es daher nicht zu einer Überauslastung gekommen.

Im Jahr 1991 wird das Produktionspotential im Unternehmensbereich mit rund 4 vH nochmals stärker zunehmen. Bei deutlich niedriger liegenden Erwartungen für den Anstieg der Produktion wird sich die Auslastung des Produktionspotentials auf 86 vH verringern.

Die Potentialrechnung des DIW

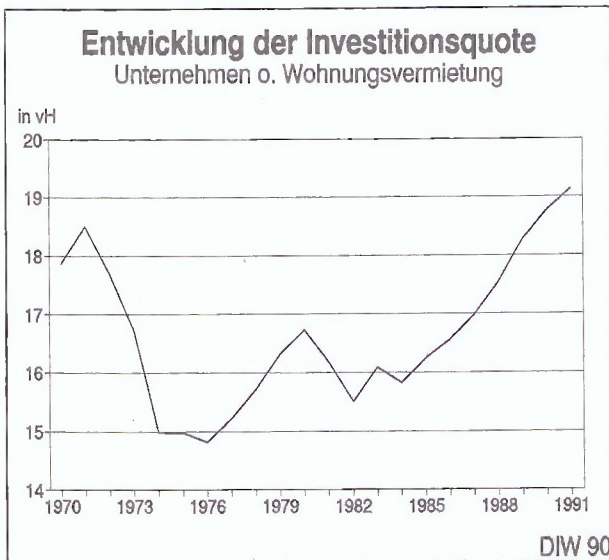
Das Produktionspotential einer Volkswirtschaft ist keine direkt meßbare Größe. Dies erklärt, daß unterschiedliche Konzepte entwickelt worden sind, um dieses Potential und seine Auslastung zu ermitteln. Hier werden die Ergebnisse der DIW-Potentialrechnung² vorgestellt, die auf dem produktionstheoretischen Ansatz eines capital vintage-Modells basiert. Als Produktionspotential wird dabei

diejenige Produktionsmenge (Bruttowertschöpfung zu Preisen von 1980) angesehen, die mit dem vorhandenen Anlagenbestand rentabel hergestellt werden kann. Über die einzelnen Investitionsjahrgänge hinaus wird in dem Modell auch zwischen Investitionsgütern unterschiedlicher Nutzungsdauer differenziert. Die mit der jeweiligen Investition verbundene Erweiterung des Produktionspotentials wird in Abhängigkeit von Renditen, Lohnsätzen und Absatzerwartungen ermittelt.

* Hier und im folgenden ohne Wohnungsvermietung.

¹ Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 1990. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 43-44/90, S. 605 ff.

² Vgl. Bernd Görzig, Jürgen Blazejczak, Gustav Adolf Horn und Frank Stille: Investitionen, Beschäftigung und Produktivität. Zu den Arbeitsplatzeffekten einer verstärkten Investitionstätigkeit vor dem Hintergrund sektoraler Entwicklungen. Beiträge zur Strukturforchung, Heft 108, Berlin 1988, S. 46 ff. — Der hier beschriebene Modellansatz ist ein Ergebnis der Arbeiten zur Strukturberichterstattung. Als Datenbasis liegen den Berechnungen die sektoralen Angaben der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Unternehmen zugrunde. Davon zu unterscheiden sind die jährlich vom DIW vorgenommenen Berechnungen für die verarbeitende Industrie, die im wesentlichen auf den sektoralen Daten für Betriebe mit mehr als 20 Beschäftigten beruhen, wie sie im Rahmen der Statistik für das produzierende Gewerbe erhoben werden — vgl. Bernd Görzig, Joachim Schintke und Manfred Schmidt: Produktionsvolumen und -potential, Produktionsfaktoren des Bergbaus und des verarbeitenden Gewerbes in der Bundesrepublik Deutschland, Statistische Kennziffern, 31. Folge, 1970-1988, Sonderdruck des DIW, Berlin, 1989.



Die Berechnungen nach diesem Ansatz werden vom DIW für 50 Wirtschaftszweige durchgeführt. Bei jedem Wirtschaftszweig wird zwischen mehr als 200 Gütern unterschiedlicher Nutzungsdauer unterschieden.

Zum Produktionspotential im Osten Deutschlands

Derzeit liegen nur für Westdeutschland hinreichend zuverlässige Informationen zur Investitionstätigkeit in der Vergangenheit vor, die Aussagen über die im Produktionsprozeß einsetzbaren Anlagen ermöglichen. Eine Analyse des Produktionspotentials ist daher auch nach der Vereinigung Deutschlands nur für diesen Gebietsstand möglich. Durch die Offenlegung der amtlichen Statistik der ehemaligen DDR stehen zwar grundsätzlich ähnliche Informationen für diesen Teil Deutschlands zur Verfügung. Es ist jedoch ungewiß, in welchem Umfang die nach planwirtschaftlichen Zielen den Unternehmen zugeleiteten Investitionen von Einfluß auf das Produktionspotential gewesen sind. Häufig wurden Investitionen getätigt, die wegen anderer Engpässe im Produktionsprozeß nicht oder nur unzulänglich zum Einsatz kamen. In anderen Fällen wurde auf notwendige Investitionen verzichtet. Bei unveränderter oder sogar steigender Produktion führte dies zu vorzeitigem Verschleiß der Anlagen. In manchen Betrieben war der jährliche Reparaturaufwand größer als die investiven Ausgaben³.

Die DDR-Wirtschaft hat weitgehend am Rande ihrer Kapazität produziert. Produktionsausfälle waren in der Regel systembedingt. Sie beruhten auf unzulänglich an die betrieblichen Gegebenheiten angepaßten Planungen. Dies führte zu Engpässen beim Faktoreinsatz, also der maschinellen Ausstattung, den qualifizierten Arbeitskräften und vor allem bei den Zulieferern. Produktionssteigerungen bei gegebener Faktorausstattung wurden kaum durch fehlende Nachfrage behindert, sondern durch das Unvermögen, die Produktionsprozesse effizienter zu organisieren.

Mit der Überleitung des planwirtschaftlichen Systems in die Marktwirtschaft zählen zum Produktionspotential der ostdeutschen Länder nur diejenigen Anlagen, die bei den gegenwärtigen Kosten und Preisen auch rentabel einsetzbar sind. Nur wenigen Unternehmen dürfte es jedoch in den vier Monaten seit der Währungsunion gelungen sein, die Kostenstruktur den neuen Bedingungen optimal anzupassen. Auch ist nicht zu erwarten, daß bei der Preisbildung die Marktmechanismen und der internationale Wettbewerb voll berücksichtigt werden. In der überwiegenden Zahl der Fälle ist zur Zeit daher kaum zu klären, in welchem Umfang der beobachtbare Produktionsrückgang im Osten Deutschlands Folge unrentabler Produktionsbedingungen oder eines allgemeinen Nachfrageausfalls ist.

Die Beurteilung wird auch noch dadurch erschwert, daß das praktizierte Verfahren zur Ermittlung der Produktions-

werte in den neuen Bundesländern teilweise zu wenig plausiblen Ergebnissen führt. Nach wie vor basiert der Produktionsindex auf Wertangaben, die von den Betrieben gemacht werden. Bisher ist es den Betrieben offensichtlich nicht gelungen, die Folgen der Währungsumstellung und die damit verbundene Änderung der Preise angemessen in den Produktionswerten zu berücksichtigen. Es ist daher zu vermuten, daß der ausgewiesene Rückgang des Produktionswertes zum Teil lediglich den Rückgang der Erzeugerpreise wiedergibt⁴.

Das Produktionspotential im Westen Deutschlands

In Westdeutschland wurde die seit 1983 anhaltende Expansion der Produktion anfangs sowohl vom verarbeitenden Gewerbe als auch von den Wirtschaftszweigen außerhalb des verarbeitenden Gewerbes getragen. Nach 1985 verschlechterte sich jedoch das Wachstum im verarbeitenden Gewerbe. 1987 kam es sogar zu einem Produktionsrückgang, der mit 3 vH stärker ausfiel als 1982. Auf den Wachstumspfad des gesamten Unternehmensbereichs wirkte sich der Produktionsrückgang allerdings nur abgeschwächt aus, da gleichzeitig die Wirtschaftszweige außerhalb des verarbeitenden Gewerbes stärker expandierten. Mit der Belebung im Jahr 1988 wurde im verarbeitenden Gewerbe lediglich das Produktionsniveau von 1985 wieder erreicht. Hierzu trug vor allem die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie bei, speziell die eisen-schaffende Industrie. Erst 1989 gingen infolge der verstärkten Exporttätigkeit zusätzliche Wachstumsimpulse von der Investitionsgüterindustrie aus.

Die in diesem Jahr im Gefolge der Währungsunion ausgelöste Mehrnachfrage hat im Gebiet der alten Bundesrepublik einen über den bisherigen Wachstumspfad hinausgehenden Anstieg der Produktion bewirkt. Im verarbeitenden Gewerbe profitierten hiervon vorwiegend konsumorientierte Wirtschaftszweige wie der Straßenfahrzeugbau oder der Nahrungs- und Genußmittelsektor, dessen Wertschöpfung um mehr als 10 vH zunahm.

Die unterschiedliche Entwicklung der Produktion spiegelte sich auch in der jeweiligen Auslastung des Produktionspotentials wider. In der gesamten Wirtschaft hat die Auslastung des Produktionspotentials seit 1982 nahezu kontinuierlich zugenommen. 1990 wird mit 87 vH die höchste Auslastung des Produktionspotentials erreicht

³ Vgl. Bernd Görzig und Martin Gornig: Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit der DDR-Wirtschaft, Gutachten im Auftrag des Bundesministers für Wirtschaft, Berlin 1990.

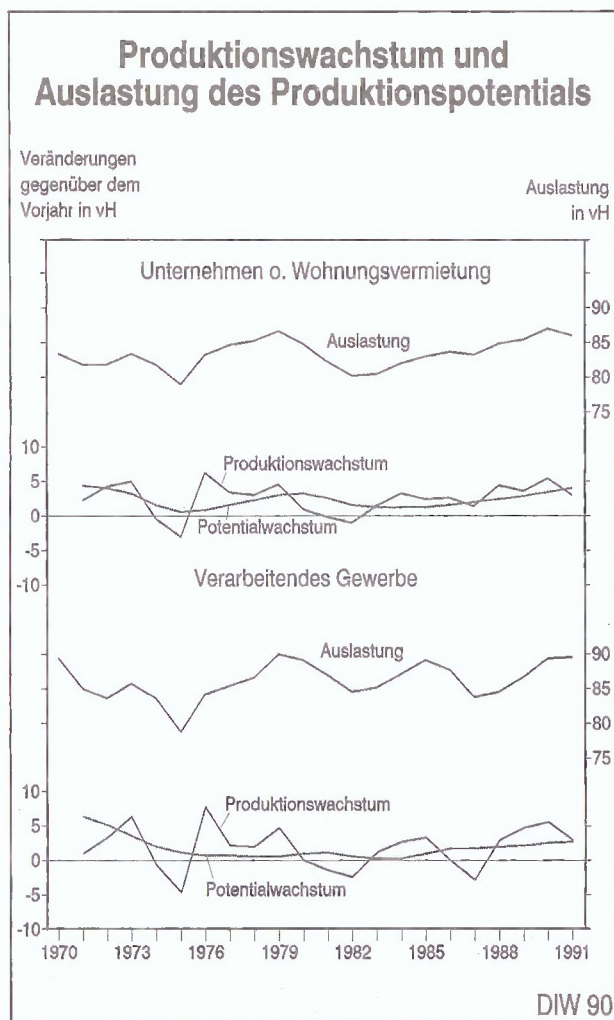
⁴ So wird beispielsweise für die Energiewirtschaft der DDR ein Rückgang des Produktionswertes, gemessen in Mark zu Industrieabgabepreisen von 1985, im Juli 1990 gegenüber dem Juni 1990 von 35 vH ausgewiesen. Gleichzeitig wird jedoch eine Steigerung der Stromproduktion, gemessen in Terawatt, von 12 vH gemeldet. Vgl. Statistisches Amt der DDR, Wirtschaftsbereich Industrie, Produktionsindex, Umsatz, Auftragseingang und Auftragsbestand, August 1990, S. 1 und 47.

Determinanten der Entwicklung des Produktionspotentials

| | Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH | | | | | | | | | | | |
|--|---|------|-------|------|------|------|------|------|------|--------|--------|--------|
| | 1980 | 1981 | 1982 | 1983 | 1984 | 1985 | 1986 | 1987 | 1988 | 1989P) | 1990P) | 1991P) |
| Bruttoanlageinvestitionen zu Preisen von 1980 | | | | | | | | | | | | |
| Unternehmen ohne Wohnungsvermietung | 3,5 | -3,5 | -5,1 | 5,3 | 1,4 | 5,2 | 4,5 | 4,2 | 7,8 | 8,0 | 8,3 | 5,0 |
| Verarbeitendes Gewerbe | 7,5 | -5,1 | -9,5 | 1,4 | -1,4 | 13,6 | 7,6 | 5,6 | 5,7 | 9,5 | 7,8 | 6,0 |
| Grundstoff- und Produktionsgüterproduzenten ¹⁾ | 16,2 | -9,6 | -15,5 | -3,5 | -2,1 | 19,4 | -6,4 | -2,8 | 7,5 | 3,7 | 10,4 | 5,0 |
| Investitionsgüterproduzenten ²⁾ | 9,2 | -3,4 | -4,7 | -0,5 | -1,2 | 19,5 | 12,7 | 4,2 | 3,3 | 10,8 | 8,4 | 7,0 |
| Übriges verarbeitendes Gewerbe | 1,3 | -4,8 | -12,1 | 6,4 | -1,3 | 3,5 | 7,9 | 11,7 | 8,2 | 10,1 | 6,1 | 5,0 |
| Restliche Unternehmensbereiche | 1,7 | -2,7 | -3,1 | 7,0 | 2,5 | 2,1 | 3,2 | 3,5 | 8,7 | 7,3 | 8,5 | 4,5 |
| Bruttoanlagevermögen zu Preisen von 1980 ³⁾ | | | | | | | | | | | | |
| Unternehmen ohne Wohnungsvermietung | 3,7 | 3,4 | 2,9 | 2,7 | 2,6 | 2,6 | 2,7 | 2,8 | 3,0 | 3,3 | 3,6 | 3,9 |
| Verarbeitendes Gewerbe | 2,0 | 1,8 | 1,2 | 0,8 | 0,5 | 0,7 | 1,4 | 1,8 | 2,0 | 2,4 | 2,9 | 3,3 |
| Grundstoff- und Produktionsgüterproduzenten ¹⁾ | 0,3 | 0,2 | -0,9 | -1,7 | -2,5 | -2,5 | -1,5 | -1,2 | -1,0 | -0,7 | -0,2 | 0,3 |
| Investitionsgüterproduzenten ²⁾ | 4,2 | 4,1 | 3,4 | 3,0 | 2,6 | 3,0 | 3,9 | 4,2 | 4,1 | 4,4 | 4,8 | 5,1 |
| Übriges verarbeitendes Gewerbe | 1,3 | 1,1 | 0,5 | 0,3 | 0,3 | 0,3 | 0,6 | 1,0 | 1,5 | 2,0 | 2,4 | 2,7 |
| Restliche Unternehmensbereiche | 4,5 | 4,2 | 3,7 | 3,6 | 3,6 | 3,4 | 3,3 | 3,3 | 3,4 | 3,6 | 3,9 | 4,2 |
| Potentielle Kapitalproduktivität ⁴⁾ | | | | | | | | | | | | |
| Unternehmen ohne Wohnungsvermietung | -0,4 | -0,7 | -1,2 | -1,4 | -1,4 | -1,3 | -1,0 | -0,8 | -0,6 | -0,4 | -0,1 | 0,1 |
| Verarbeitendes Gewerbe | -1,1 | -0,8 | -0,7 | -0,5 | -0,1 | 0,3 | 0,3 | 0,0 | -0,2 | -0,3 | -0,4 | -0,6 |
| Grundstoff- und Produktionsgüterproduzenten ¹⁾ | -2,4 | -1,3 | -0,1 | 0,9 | 1,5 | 2,1 | 1,9 | 1,4 | 1,7 | 2,1 | 2,6 | 2,7 |
| Investitionsgüterproduzenten ²⁾ | -1,9 | -1,7 | -1,7 | -1,7 | -1,3 | -0,8 | -0,5 | -0,7 | -1,1 | -1,4 | -1,5 | -1,6 |
| Übriges verarbeitendes Gewerbe | -0,4 | -0,3 | -0,6 | -0,6 | -0,3 | -0,3 | -0,4 | -0,6 | -0,7 | -0,8 | -1,0 | -1,3 |
| Restliche Unternehmensbereiche | 0,4 | -0,3 | -1,3 | -1,6 | -1,8 | -2,0 | -1,6 | -1,1 | -0,7 | -0,3 | 0,2 | 0,7 |
| Produktionspotential zu Preisen von 1980 ³⁾ | | | | | | | | | | | | |
| Unternehmen ohne Wohnungsvermietung | 3,3 | 2,7 | 1,6 | 1,3 | 1,2 | 1,2 | 1,7 | 2,0 | 2,4 | 2,9 | 3,5 | 4,0 |
| Verarbeitendes Gewerbe | 0,9 | 1,0 | 0,5 | 0,3 | 0,4 | 1,0 | 1,7 | 1,8 | 1,9 | 2,1 | 2,5 | 2,7 |
| Grundstoff- und Produktionsgüterproduzenten ¹⁾ | -2,1 | -1,1 | -1,0 | -0,8 | -1,0 | -0,4 | 0,4 | 0,2 | 0,7 | 1,4 | 2,4 | 3,0 |
| Investitionsgüterproduzenten ²⁾ | 2,3 | 2,3 | 1,7 | 1,2 | 1,3 | 2,2 | 3,3 | 3,4 | 3,0 | 2,9 | 3,2 | 3,4 |
| Übriges verarbeitendes Gewerbe | 0,9 | 0,7 | -0,1 | -0,3 | -0,0 | 0,0 | 0,2 | 0,4 | 0,8 | 1,1 | 1,3 | 1,4 |
| Restliche Unternehmensbereiche | 5,0 | 3,8 | 2,4 | 1,9 | 1,7 | 1,4 | 1,7 | 2,1 | 2,7 | 3,4 | 4,1 | 4,9 |
| Bruttowertschöpfung zu Preisen von 1980 | | | | | | | | | | | | |
| Unternehmen ohne Wohnungsvermietung | 1,0 | -0,2 | -0,9 | 1,5 | 3,2 | 2,5 | 2,5 | 1,5 | 4,3 | 3,6 | 5,4 | 3,0 |
| Verarbeitendes Gewerbe | 0,0 | -1,5 | -2,4 | 1,1 | 2,7 | 3,4 | 0,0 | -2,9 | 2,9 | 4,7 | 5,5 | 3,0 |
| Grundstoff- und Produktionsgüterproduzenten ¹⁾ | 2,7 | -6,4 | -5,3 | -0,1 | 4,5 | 2,1 | 2,1 | -5,4 | 5,6 | 3,0 | 1,5 | 1,0 |
| Investitionsgüterproduzenten ²⁾ | 0,5 | 0,9 | -0,7 | 0,2 | 2,6 | 6,5 | 1,4 | -2,1 | 2,5 | 6,5 | 5,5 | 3,5 |
| Übriges verarbeitendes Gewerbe | -2,0 | -1,8 | -3,0 | 2,9 | 2,1 | 0,2 | -2,8 | -2,6 | 2,1 | 3,0 | 7,6 | 4,0 |
| Restliche Unternehmensbereiche | 1,7 | 0,7 | 0,2 | 1,7 | 3,5 | 1,8 | 4,3 | 4,5 | 5,2 | 3,0 | 5,4 | 3,0 |
| Auslastung des Produktionspotentials in vH | | | | | | | | | | | | |
| Unternehmen ohne Wohnungsvermietung | 84,8 | 82,4 | 80,3 | 80,4 | 82,0 | 83,0 | 83,7 | 83,3 | 84,9 | 85,5 | 87,1 | 86,0 |
| Verarbeitendes Gewerbe | 89,3 | 87,0 | 84,5 | 85,2 | 87,2 | 89,3 | 87,8 | 83,7 | 84,6 | 86,7 | 89,3 | 89,5 |
| Grundstoff- und Produktionsgüterproduzenten ¹⁾ | 86,6 | 82,0 | 78,5 | 79,0 | 83,4 | 85,5 | 87,0 | 82,1 | 86,1 | 87,5 | 86,7 | 85,0 |
| Investitionsgüterproduzenten ²⁾ | 87,3 | 86,1 | 84,1 | 83,2 | 84,3 | 87,8 | 86,2 | 81,6 | 81,2 | 84,0 | 85,9 | 86,0 |
| Übriges verarbeitendes Gewerbe | 93,3 | 90,9 | 88,3 | 91,1 | 93,1 | 93,2 | 90,4 | 87,7 | 88,9 | 90,6 | 96,1 | 98,5 |
| Restliche Unternehmensbereiche | 81,7 | 79,3 | 77,6 | 77,4 | 78,8 | 79,1 | 81,2 | 83,1 | 85,1 | 84,8 | 85,8 | 84,0 |

P) Vorläufige Schätzung. — 1) Ohne chemische Industrie. — 2) Ohne Stahlverformung. — 3) Jahresdurchschnittswerte. — 4) Produktionspotential zu Preisen von 1980 je Einheit des Bruttoanlagevermögens zu Preisen von 1980.

Quellen: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen des Statistischen Bundesamtes, Potentialrechnung des DIW, eigene Berechnungen.



werden. Sie wäre noch höher ausgefallen, hätte nicht die verstärkte Investitionstätigkeit in den letzten Jahren einen beschleunigten Aufbau des Produktionspotentials bewirkt. Die Investitionsquote erreicht in diesem Jahr mit 18,8 vH den höchsten Wert in den letzten dreißig Jahren. Das Wachstum des Produktionspotentials beträgt 1990 3,5 vH. Es wird sich 1991 auf 4 vH verstärken. Bei einer nur noch um 3 vH zunehmenden Bruttowertschöpfung des Unternehmensbereichs wird daher die Auslastung des Produktionspotentials im nächsten Jahr um 1 Prozentpunkt zurückgehen.

Anders als für den gesamten Unternehmensbereich stellt sich die Entwicklung im verarbeitenden Gewerbe dar. Nachdem in den siebziger Jahren bis in die achtziger Jahre hinein die Investitionstätigkeit des verarbeitenden Gewerbes im Windschatten vor allem des Dienstleistungsbereichs stand, ist es in den achtziger Jahren zu einer Umkehr dieser Entwicklung gekommen. Seit 1985 stiegen die Bruttoanlageinvestitionen im verarbeitenden Gewerbe mit durchschnittlich 7 vH. In keinem Jahr lagen die Raten unter 5 vH. In zwei Phasen, 1985/86 und 1989/90, nahmen die Investitionen im verarbeitenden Ge-

werbe jeweils um rund 20 vH zu. Die Investitionsquote stieg von 11 vH im Jahr 1982 auf 15 vH in diesem Jahr.

Besonders kräftig war der Investitionsanstieg in den Investitionsgüterindustrien. Hier liegt das Investitionsvolumen in diesem Jahr um 90 vH über dem Wert von 1984. Expandiert haben die Investitionen in allen Industriezweigen mit Ausnahme des Stahl- und des Schiffbaus. Die Investitionen im Bereich der Verbrauchsgüterproduktion waren von sektoral gegenläufigen Entwicklungen geprägt, dennoch expandierten auch hier per Saldo die Investitionen seit 1985. Lediglich die Investitionen der Grundstoffproduzenten wiesen 1985 und 1986 einen leichten Rückgang auf.

Die insgesamt über viele Jahre hinweg beständig nach oben gerichtete Investitionstätigkeit bewirkte einen sich verstärkenden Anstieg des Bruttoanlagevermögens im verarbeitenden Gewerbe, wie er lange nicht zu beobachten war. Im Durchschnitt des verarbeitenden Gewerbes liegt die Wachstumsrate des Bruttoanlagevermögens 1990 bei 2,5 vH; dieser Wert ist letztmalig 1973, vor dem Ausbruch der ersten Ölkrise also, übertroffen worden. Nur noch in wenigen Branchen des verarbeitenden Gewerbes ist gegenwärtig die Entwicklung des Bruttoanlagevermögens rückläufig. Hierzu gehören die Mineralölverarbeitung, die eisenschaffende Industrie, der Schiffbau und das Ledergewerbe.

Deutlich höher ist der Anlagenbestand in fast allen Branchen des Investitionsgüterproduzierenden Gewerbes. Im Durchschnitt liegt er hier um 44 vH über den Werten von 1980. Beim Straßenfahrzeugbau hat sich das Anlagevermögen sogar um 66 vH erhöht. Ins Gewicht fällt auch die Aufstockung um 60 vH in der Elektrotechnik. Die starke Ausweitung des Anlagenbestandes hat im Investitionsgüterproduzierenden Gewerbe zu einem inzwischen mit mehr als 3 vH jährlich zunehmenden Produktionspotential geführt. Die Auslastung des Produktionspotentials liegt mit 86 vH allerdings noch unter dem Höchstwert im Jahre 1985 (87,8 vH). Angesichts der für 1991 erwarteten leichten Wachstumsabschwächung wird eine unveränderte Auslastung des Produktionspotentials erwartet.

Im Grundstoffproduzierenden Gewerbe haben die schrumpfenden Anlagevermögensbestände vor allem in der Mineralölverarbeitung und der eisenschaffenden Industrie dazu geführt, daß auch im Durchschnitt der Grundstoff- und Produktionsgüterbereiche die Höhe des Anlagevermögens geringer ist als vor zehn Jahren. Dennoch haben die über dem Durchschnitt liegenden Investitionen in den letzten Jahren zu einer beschleunigten Ausweitung des Produktionspotentials geführt. Die Produktion hielt damit nicht Schritt. Nachdem die Auslastung des Produktionspotentials im Jahre 1989 mit 87,5 vH einen Höchstwert erreicht hatte, wird sie bis 1991 auf 85 vH zurückgehen.

Kaum ausgeweitet wurden die Anlagenbestände im Nahrungs- und Genußmittelsektor. Legt man die für die

Die Entwicklung des Bruttoanlagevermögens

| | Mrd. DM ¹⁾ zu Preisen von 1980 | | Veränderungen gegenüber 1980 in vH |
|---|--|--------------------|--|
| | 1980 | 1990 ^{P)} | |
| Verarbeitendes Gewerbe | 928 | 1 079 | 16 |
| Grundstoffproduzierendes Gewerbe | 353 | 342 | — 3 |
| Mineralölverarbeitung | 30 | 23 | —24 |
| Steine und Erden | 41 | 38 | — 8 |
| Eisenschaffende Industrie | 67 | 49 | —28 |
| NE-Metallerzeugung | 15 | 16 | 4 |
| Gießereien | 12 | 12 | 1 |
| Ziehereien, Kaltwalzwerke, Stahlverformung | 24 | 25 | 4 |
| Chemische Industrie, Spalt-, Brutstoffe | 128 | 141 | 11 |
| Holzbearbeitung | 9 | 9 | — 9 |
| Zellstoff- und Papiererzeugung | 14 | 18 | 27 |
| Gummiverarbeitung | 11 | 12 | 11 |
| Investitionsgüterproduzierendes Gewerbe ²⁾ | 313 | 450 | 44 |
| Stahlbau | 12 | 13 | 5 |
| Maschinenbau | 82 | 100 | 22 |
| Straßenfahrzeugbau | 89 | 148 | 66 |
| Schiffbau | 6 | 5 | —22 |
| Luft- und Raumfahrzeugbau | 3 | 7 | 137 |
| Elektrotechnik | 69 | 109 | 59 |
| Feinmechanik, Optik | 10 | 14 | 48 |
| EBM-Waren | 28 | 34 | 23 |
| Büromaschinen, ADV | 15 | 21 | 38 |
| Verbrauchsgüterproduzierendes Gewerbe | 149 | 168 | 13 |
| Musikinstrumente, Spielwaren | 5 | 6 | 29 |
| Feinkeramik | 4 | 4 | 2 |
| Glasgewerbe | 10 | 12 | 21 |
| Holzverarbeitung | 23 | 23 | — 4 |
| Papierverarbeitung | 12 | 16 | 31 |
| Druckerei | 19 | 25 | 32 |
| Kunststoffwaren | 18 | 29 | 63 |
| Ledergewerbe | 8 | 7 | —13 |
| Textilgewerbe | 38 | 35 | — 8 |
| Bekleidungs-gewerbe | 11 | 10 | — 8 |
| Nahrungs- und Genußmittelgewerbe | 113 | 118 | 4 |

P) Vorläufige Schätzung. — 1) Jahresdurchschnittswerte. — 2) Ohne Stahlverformung.

Quellen: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen des Statistischen Bundesamtes, Berechnungen des DIW.

Vergangenheit ermittelten Zusammenhänge zwischen Investitionen und Produktionspotential zugrunde, so erhält man für diesen Sektor infolge der kräftig gestiegenen Nachfrage aus dem Osten Deutschlands eine zuvor nicht festgestellte Höhe des Auslastungsgrades. Ähnlich verhält es sich in einigen Verbrauchsgüterindustrien. Bei einem nun wieder mit 1 vH jährlich zunehmenden Produktionspotential wird im restlichen verarbeitenden Gewerbe die Auslastung in diesem Jahr mit 96 vH um mehr als 4 Prozentpunkte über der im Vorjahr liegen. Eine weitere Steigerung auf 98,5 vH ist für 1991 bei weiter anhaltender Nachfrage aus dem Osten Deutschlands zu erwarten. Damit läge die Auslastung des Produktionspoten-

tials um 3 Prozentpunkte über dem jemals zuvor erreichten Höchstwert.

Dieses Ergebnis macht einmal mehr deutlich, daß Berechnungen des Produktionspotentials keine physischen Produktionsbeschränkungen anzeigen, sondern lediglich ökonomische Grenzen für die Ausweitung der Produktion markieren, die unter der Voraussetzung vergleichsweise stabiler Rahmenbedingungen gelten. Zu den Rahmenbedingungen, die gegenwärtig immer stärker diskutiert werden, gehört vor allem die Nutzungszeit der Produktionsanlagen. Bei der modellmäßigen Berechnung des Produktionspotentials kann zunächst nur angenommen

werden, daß sich die Nutzungszeiten der Produktionsanlagen in dem Rahmen verändern, der für die Entwicklung in der Vergangenheit galt.

Dieser Rahmen wird durch betriebliche Usancen sowie durch in Betriebsvereinbarungen, Tarifverträgen und Gesetzen festgelegte Regelungen bestimmt. Sofern Überstunden- und Schichtarbeitszuschläge zu zahlen sind, ist eine Verlängerung der Nutzungszeit oft mit überproportional steigenden Kosten verbunden. Hinzu kommen gegebenenfalls höhere Wartungskosten. Die tatsächlichen Nutzungszeiten der Produktionsanlagen können daher im Normalfall auch als ökonomisch optimal angesehen werden⁵.

Ändern sich jedoch die wirtschaftlichen Voraussetzungen oder die Rahmenbedingungen, so kann insbesondere in Produktionsprozessen, in denen die Nutzung der Produktionsanlagen üblicherweise gering ist, das Produktionspotential durch Ausweitung der Nutzungszeiten auch ohne ins Gewicht fallende investive Maßnahmen erhöht werden. In den letzten Jahren hat die Zahl der Tarifabschlüsse zugenommen, in denen den Unternehmen eine flexiblere Nutzung ihrer Anlagen zugestanden wird. Üblicherweise nicht für Produktionszwecke genutzte Zeiten erhalten damit zunehmend den Charakter von stand by capacities.

Eine Ausweitung der Nutzung der Produktionsanlagen ist aus Kostengründen insbesondere dann angebracht, wenn die durch den Kapitaleinsatz gebundenen Fixkosten im Vergleich zu den variablen Lohnkosten relativ hoch sind. Je höher die fixen Stückkosten im Vergleich zu den variablen Stückkosten sind, desto eher besteht für die Unternehmen die Möglichkeit, bei der Produktionserhöhung durch Ausweitung der Nutzungszeiten der Anlagen eine eventuelle Erhöhung der variablen Stückkosten durch niedrigere fixe Stückkosten auszugleichen.

Im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe beispielsweise liegt der Kapitaleinsatz mit 200 Tsd. DM je Beschäftigten weit über dem Durchschnitt des verarbeitenden Gewerbes (130 Tsd. DM). Die verstärkte Nachfrage aus den

neuen Bundesländern hat hier die Unternehmen offenbar veranlaßt, die Produktion kurzfristig zunächst durch Ausweitung der Nutzungszeiten der Produktionsanlagen zu erhöhen. Dies ist zum Teil durch die Einführung zusätzlicher Schichten geschehen, da auch die Beschäftigung in diesem Bereich zugenommen hat. Ähnliche Maßnahmen hat es, mit allerdings weniger spektakulären Auswirkungen, auch in einigen anderen Industriezweigen wie dem Straßenfahrzeugbau, der Kunststoffverarbeitung und der Zellstoff- und Papierverarbeitung gegeben.

In den Berechnungen des Produktionspotentials wird diese flexible Anpassung des Produktionspotentials durch Ausweitung der Nutzungszeiten bisher nicht berücksichtigt, so daß es rechnerisch zu überhöhten Auslastungsgraden kommt. Sie sind nicht Ausdruck von Kapazitätsengpässen, da es den Unternehmen gelungen ist, durch Ausweitung der Nutzungszeiten der Anlagen Steigerungen bei den variablen Kosten durch Reduzierungen im Bereich der fixen Kosten aufzufangen.

Inwieweit die gegenwärtig über dem „normalen“ Höchstwert liegende Auslastung des Produktionspotentials nur vorübergehender Natur ist, hängt davon ab, ob die Unternehmen eine dauerhafte Verlängerung der Nutzungszeiten durchsetzen können. Anderenfalls lassen sich die Kapazitäten nur mit zusätzlichen Investitionen an die vermehrte Nachfrage anpassen. Dies ist eine Chance für die neuen Bundesländer, wenn die Verbesserung ihrer Standortbedingungen es attraktiv macht, hier zu investieren. Gelingt dies nicht, so besteht die Gefahr einer dauerhaften Umschichtung der Produktion von Ost nach West. Man kann es nicht oft genug wiederholen, daß massiven Infrastrukturprogrammen auf allen Ebenen, die bei der Finanzschwäche der neuen Bundesländer nur von den Gebietskörperschaften im Westen, der Bundesbahn und der Bundespost finanziert werden können, hier eine Schlüsselrolle zukommt.

⁵ Arbeitszeit und Betriebszeit im verarbeitenden Gewerbe: Trends, Probleme und Strategien. Bearb.: Frank Stille. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 51-52/88, S. 679 ff.

Berlin, im November 1990

Verehrte Leser,

die Sicherung und Verbesserung der Qualität des Wochenberichts sind ein ständiges Anliegen der Herausgeber und der Redaktion. Sie haben sicher bemerkt, daß wir seit Ende 1989 die Berichterstattung über das Wirtschaftsgeschehen im östlichen Teil Deutschlands wesentlich verstärkt haben. Leider hat dies auch Auswirkungen auf die Kosten des Wochenberichts. Die Druckkosten haben sich ebenfalls erhöht.

Wir bitten Sie daher um Verständnis, daß wir den Preis für den Jahrgang 1991 auf DM 150,— erhöhen.

*Mit freundlichen Grüßen
Verlag und Schriftleitung*

Aus den Veröffentlichungen des DIW Beiträge zur Strukturforschung

Erscheinen seit 1967. Format DIN A 4.

- Heft 99 **Auswirkungen der Mehrwertsteuererhöhung vom 1.7.1983 auf volkswirtschaftliche Gesamtaggregate sowie Haushalte unterschiedlicher Einkommensstruktur.** Von Klaus-Dietrich Bedau, Dieter Teichmann und Rudolf Zwiener. 239 S. 1987. DM 68,—.
- Heft 100 **Simulation gesamtwirtschaftlicher Perspektiven mit einem ökonomischen Modell für die Bundesrepublik Deutschland.** Von Jürgen Blazejczak. 418 S. 1987. DM 88,—.
- Heft 101 **Entwicklungshilfe, Ausfuhr und Beschäftigung — Eine empirische Untersuchung aus der Sicht der Bundesrepublik Deutschland.** Von Dieter Schumacher. 178 S. 1988. DM 59,60.
- Heft 102 **SO₂- und NO_x-Emissionen in der DDR 1982.** Von Jochen Bethkenhagen, Rainer Hopf, Manfred Melzer, Cord Schwartau und Doris Cornelsen (Projektleitung). 530 S. 1988. DM 112,—.
- Heft 103 **Exportgetriebener Strukturwandel bei schwachem Wachstum — Analyse der strukturellen Entwicklung der deutschen Wirtschaft.** Strukturberichterstattung 1987. 312 S. 1988. DM 82,—.
- Heft 104 **Struktur und Wettbewerbsfähigkeit der Schuhindustrie in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Gerhard Necker-
mann und Hans Wessels. 172 S. 1988. DM 58,—.
- Heft 105 **Möglichkeiten und Grenzen der Regionalisierung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Kurt Geppert und Bernd Görzig. 212 S. 1988. DM 68,—.
- Heft 106 **Berufsstart in Berlin.** Von Friederike Behringer und Klaus-Peter Gaulke. 250 S. 1988. DM 76,—.
- Heft 107 **Strukturverschiebungen zwischen sekundärem und tertiärem Sektor.** Von Frank Stille, Renate Filip-Köhn, Heiner Flassbeck, Bernd Görzig, Erika Schulz und Reiner Stäglin. 235 S. 1988. DM 74,—.
- Heft 108 **Investitionen, Beschäftigung und Produktivität. Zu den Arbeitsplatzeffekten einer verstärkten Investitionstätigkeit vor dem Hintergrund sektoraler Entwicklungen.** Von Bernd Görzig, Jürgen Blazejczak, Gustav Adolf Horn, Wolfgang Kirner, Erika Schulz und Frank Stille. 265 S. 1988. DM 78,—.
- Heft 109 **Zukünftiger Finanzbedarf für die Verkehrswege in Städten und Gemeinden unter besonderer Berücksichtigung von Ersatzinvestitionen.** Von Heinz Enderlein, Hartmut Kuhfeld und Uwe Kunert. 193 S. 1988. DM 66,—.
- Heft 110 **Die Einkommensverteilungseffekte der Staatsverschuldung in einer unterbeschäftigten Wirtschaft — Analyse anhand eines ökonomischen Konjunkturmodells für die Bundesrepublik Deutschland.** Von Rudolf Zwiener. 176 S. 1989. DM 62,—.
- Heft 111 **Die Besteuerung der Unternehmensgewinne — Sieben Industrieländer im Vergleich.** Von Bernhard Seidel, Fritz Franzmeyer, Joachim Volz und Dieter Teichmann. 265 S. 1989. DM 86,—.
- Heft 112 **Ost-West-Kooperation — Bestandsaufnahme und Ergebnisse einer Umfrage.** Von Horst Lambrecht, Jochen Bethkenhagen, Karl Betz, Heinrich Machowski und Doris Cornelsen (Projektleitung). 148 S. 1990. DM 52,—.
- Heft 113 **Die Energiewirtschaft in den kleineren Mitgliedstaaten des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe — Entwicklungstendenzen in den achtziger Jahren.** Von Jochen Bethkenhagen. 257 S. 1990. DM 84,—.
- Heft 114 **Wirkungsanalyse der Novellierung der Herstellerpräferenz (§§ 1 ff Berlin FG) von 1982.** Von Alexander Eickelpasch und Peter Ring. 218 S. 1990. DM 72,—.
- Heft 115 **Wirkungsanalyse der Forschungspersonal-Zuwachsförderung — In Zusammenarbeit mit dem Fraunhofer-Institut für Systemtechnik (ISI).** Von Kurt Hornschild (Projektleiter), Frieder Meyer-Krahmer (DIW), Gerhard Becher, Gisela Gielow, Uwe Kuntze (ISI). 224 S. 1990. DM 74,—.
- Heft 116 **Ein dynamisches Input-Output-Modell zur Abschätzung der Auswirkungen ausgewählter neuer Technologien auf die Beschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Dietmar Edler. 233 S. 1990. DM 76,—.
- Heft 117 **Forschung und Entwicklung im verarbeitenden Gewerbe von Berlin.** Von Uwe Müller. 338 S. 1990. DM 94,—.
- Heft 118 **Marktabstottungspolitiken wichtiger Schwellenländer und wirtschaftliche Entwicklung. — Empirische Untersuchungen am Beispiel der Elektronikindustrie und des Kraftfahrzeugbaus in Brasilien, Indien und Korea.** Von Dieter Schumacher und Herbert Wilkens. 210 S. 1990. DM 74,—.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (0 30) 82 99 10 — Telefax (0 30) 82 99 12 00

BTX-Systemnummer * 2 99 11 #

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Hans Heuer, Prof. Dr. Wolfgang Kirner,
Prof. Dr. Eckhard Kutter, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Die Einkommensverteilung nach Haushaltsgruppen in der ehemaligen DDR. Bearbeitet von Klaus-Dietrich Bedau und Heinz Vortmann. —
Determinanten des Produktionspotentials der deutschen Wirtschaft. Bearbeitet von Bernd Görzig.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 125,—, vierteljährlich DM 35,—, Einzelnummer DM 4,—.

Zuzüglich Versandkosten